



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • Postfach 20 01 00, 53170 Bonn
ausschließlich per E-Mail

Oberste Straßenbaubehörden
der Länder

nachrichtlich

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesrechnungshof

Bundesamt für Naturschutz

Bundesanstalt für Straßenwesen

DEGES
Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs-
und -bau GmbH

Betreff: Bundesprogramm Wiedervernetzung

Aktenzeichen: StB 13/7143.6/10/1631694

Datum: Bonn, 14.12.2012

Seite 1 von 5

I. Grundsätzliches

Das Bundeskabinett hat am 29. Februar 2012 das gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitete Bundesprogramm Wiedervernetzung beschlossen. Damit wird eine entsprechende Zusage des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Ziel des Bundesprogramms ist es, die durch das bestehende Bundesfernstraßennetz zerschnittenen Lebensräume für Tiere und Pflanzen durch den Bau von Querungshilfen (insbesondere Grünbrücken) wieder zu vernetzen. Dies entspricht den Zielen der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt. Zudem dienen die Maßnahmen dazu, Wild-

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Josef Kunz
Leiter der Abteilung Straßenbau

HAUSANSCHRIFT
Robert-Schuman-Platz 1
53175 Bonn

POSTANSCHRIFT
Postfach 20 01 00
53170 Bonn

TEL +49 (0)228 99-300-5133
FAX +49 (0)228 99-300-807-5133

Ref-StB13@bmvs.bund.de
www.bmvbs.de





Seite 2 von 5

unfälle in den entsprechenden Abschnitten zu reduzieren, so dass die Verkehrssicherheit erhöht werden kann.

Wissenschaftliche Grundlage des Bundesprogramms Wiedervernetzung sind die seit 2009 vorliegenden Forschungsergebnisse des Bundesamtes für Naturschutz zu den Lebensraumkorridoren in Deutschland. Die Karten der Lebensraumnetzwerke mit dem zugrundeliegenden Datensatz stehen auf der Internetseite des Bundesamtes für Naturschutz zur Verfügung.

(http://www.bfn.de/0306_zerschneidung.html)

II. Umsetzung des Bundesprogramms

Das vom Kabinett beschlossene Bundesprogramm enthält 93 Abschnitte an Bundesautobahnen und Bundesstraßen, an denen mittel- bis langfristig Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen umgesetzt werden sollen. Es ist zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die oben genannten Ziele fachlich sinnvoll und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit erreicht werden können. Maßnahmen, die sowohl der Wiedervernetzung als auch der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen, sind vorrangig zu betrachten.

Sollten aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse oder aufgrund bestehender Wiedervernetzungskonzepte der Länder andere Abschnitte als die Dargestellten für derartige Maßnahmen ausgewählt werden, ist dies entsprechend zu begründen.

Noch nicht realisierte Maßnahmen, denen ich bereits im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpakets II zugestimmt habe und die daher nicht im Bundesprogramm Wiedervernetzung enthalten sind, sollten möglichst vorrangig vor Beginn des Bundesprogramms Wiedervernetzung umgesetzt werden.

Maßnahmen, die in Abschnitten liegen, in denen nach dem Bedarfsplan Ausbauvorhaben geplant sind, sollten aus Gründen der Effizienz im Zuge des Ausbaus der Bundesfernstraße als Vermeidungs- und/oder Kompensationsmaßnahme festgesetzt und aus den Bautiteln realisiert werden. Die Bilanzierung von Eingriffswirkung, Vermeidung und Kompensation ist wie üblich durchzuführen.

Alle anderen Maßnahmen sind als freiwillige Sanierungsmaßnahmen in Abhängigkeit der jährlich insgesamt für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aus den Um- und Ausbautiteln zu finanzieren.

Die grundsätzliche Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern bleibt unberührt. Zweckausgaben (Baukosten und Grunderwerbskosten) werden vom Bund gezahlt. Alle Planungs- und Verwaltungsleistungen gehen zu Lasten des Landes, dazu gehören auch Um-





Seite 3 von 5

weltbaubegleitung, Pflege/Unterhaltung, Kontrollen und Monitoring.

III. Hinweise zur Planung von Maßnahmen des Bundesprogramms

In den in dem Bundesprogramm genannten Abschnitten sind Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen vorzusehen, in der Regel wird es sich um Grünbrücken handeln. Im Lebensraumnetz von Feuchtbiotopen ist die Optimierung bestehender Unterführungen zu prüfen. Flankierende Maßnahmen wie Leit- und Sperreinrichtungen und weitere Optimierungen im direkten Umfeld der Querungshilfen sind in der Regel zu ergänzen.

Anforderungen an den Standort, die Dimensionierung, die Gestaltung und die Einbindung von Querungen und den zugehörigen Leit- und Sperreinrichtungen ergeben sich aus den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Anwendung empfohlenen Merkblättern (Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen (MAQ), Ausgabe 2008 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen und Merkblatt zum Amphibienschutz an Straßen (MAmS), Ausgabe 2000).

Die Maßnahmen sind mit den betroffenen Trägern öffentlicher Belange, insbesondere den Gemeinden, Landkreisen, Jagd- und Naturschutzbehörden, frühzeitig und umfassend abzustimmen. Soweit das Baurecht nicht außerhalb Planfeststellungsverfahrens geschaffen werden soll, sind notwendige Genehmigungen (z.B. nach Wasserhaushalts- oder Waldrecht) rechtzeitig einzuholen.

Es wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen, die der Verbesserung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts dienen, keine Eingriffe im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sind. Eingriffe durch Baustraßen oder Konflikte mit dem Artenschutz- und Gebietsschutzrecht sind allerdings denkbar und sollten vermieden oder – soweit das nicht möglich ist – nach den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes kompensiert werden.

Für eine konfliktfreie Verwirklichung ist es günstig, wenn die Maßnahmen auf Liegenschaften im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden können. Andere Eigentümer müssen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums schriftlich einverstanden erklären. Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen sind in der Regel nicht geeignet, das Recht eines Dritten zu beeinträchtigen (z.B. Jagdausübungsrecht).



Seite 4 von 5

IV. Abstimmung mit dem BMVBS

Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen sind im Rahmen der üblichen Zusammenarbeit beim Bundesfernstraßenbau mit dem BMVBS abzustimmen.

Maßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € sind mir frühzeitig zur Zustimmung vorzulegen. Dabei sind die Gründe für den gewählten Standort, die Zielarten oder Ziellebensräume und eine grobe Planung der Maßnahmen einschließlich Dimensionierung, Gestaltung und Einbindung darzulegen.

Eine Realisierung dieser Maßnahmen ist nur mit Zustimmung des BMVBS möglich. Die Zustimmung hängt unter anderem von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ab.

Maßnahmen mit geringeren Kosten können eigenverantwortlich von den Ländern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mitteln umgesetzt werden.

Die Regelungen über den RE-Vorentwurf oder über Entwürfe nach RAB-ING bleiben unberührt.

V. Qualitätssicherung

Zur Verwirklichung der Ziele des Bundesprogramms ist auch die aktive Mitwirkung der Länder gefragt.

Die Maßnahmen des Bundesprogramms und die zugehörigen Wildtierkorridore sollten planungsrechtlich (Landschaftsplanung, Landes- und Regionalplanung, Bauleitplanung) gesichert werden, um deren Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern. Die Lebensraumnetzwerke sollten auf Länderebene und im kommunalen Bereich so geschützt und entwickelt werden, dass sie langfristig ihrer Funktion gerecht werden können. Nur so ist eine effektive Umsetzung der gemeinsamen Ziele der Strategie möglich.

Die Unterhaltung und das Monitoring der Grünbrücken, die im Zuge des Konjunkturpakets II und Bundesprogramms Wiedervernetzung realisiert wurden und werden, müssen im Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern von den Ländern geleistet werden. Für jede Grünbrücke sollten die Wirksamkeit und die Effizienz nachgewiesen und dokumentiert werden. Grundlage hierfür ist das unter den Ländern, der Bundesanstalt für Straßenwesen und dem Bundesamt für Naturschutz abgestimmte Papier „Monitoring von Grünbrücken – Arbeitshilfe für den Nachweis der Wirksamkeit von Grünbrücken für die Wiedervernetzung im Rahmen der KP II – Maßnahmen“. Ich bitte darum, spätestens bei Fertigstellung der Maßnahme Angaben zu Bauwerken der Bundesanstalt für Straßenwesen nach deren Vorgaben zu





Seite 5 von 5

melden.

Zur Erstellung eines Zwischenberichtes über den Umsetzungsstand
des Bundesprogramms bitte ich mir bis zum

31.12.2016

die im Rahmen der Abarbeitung der Liste für prioritäre Wiedervernet-
zungsabschnitte verwirklichten Maßnahmen, die hierfür aufgewandten
Mittel und die Ergebnisse der Wirkungs- und Effizienzkontrollen zu
übermitteln.

Im Auftrag

Prof. Dr.- Ing. Dr.-Ing. E.h. Josef Kunz

- Anlage:**
- Bundesprogramm Wiedervernetzung
 - Monitoring von Grünbrücken – Arbeitshilfe für den
Nachweis der Wirksamkeit von Grünbrücken für die
Wiedervernetzung im Rahmen der KP II – Maßnahmen